

Antrag Nr. 23-F-63-0069

Grüne, SPD, Linke und Volt

Betreff:

Homophobe Vorfälle im Wiesbadener Gesundheitsamt
- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und DIE LINKE. vom 03.05.2023 -

Antragstext:

Anfang April 2023 wurde bekannt, dass eine Ärztin und ein Arzt im Wiesbadener Gesundheitsamt möglicherweise aus homophoben Motiven gleichgeschlechtlichen Paaren, die ein Kind adoptieren wollten, falsche Gutachten ausgestellt haben. Diese Vorwürfe wurden vom Gesundheitsamt gegenüber der Öffentlichkeit bestätigt. Für die Zulassung im Adoptionsverfahren ist, unabhängig von der sexuellen Orientierung, unter anderem die gesundheitliche Unbedenklichkeitsbescheinigung vom Gesundheitsamt eine Voraussetzung. Allen vier gleichgeschlechtlichen Paaren wurde jedoch ohne Begründung die gesundheitliche Eignung abgesprochen und Bedenken geäußert, wie dies bei heterosexuellen Paaren nicht der Fall war.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

- 1) zu berichten,
 - a. wie der Magistrat das Verhalten der beiden Ärzte am Gesundheitsamt beurteilt und ob eine juristische Prüfung des Verhaltens vorgesehen ist.
 - b. welche organisatorischen Konsequenzen wegen des Verhaltens der Ärzte innerhalb der Stadtverwaltung geplant oder bereits erfolgt sind.
 - c. welche Möglichkeiten für dienst-, disziplinar-, arbeits- oder standesrechtliche Konsequenzen bestehen.
 - d. ob bereits dienst-, disziplinar-, arbeits- und standesrechtliche Konsequenzen erfolgt sind. Falls ja, welche?
 - e. ob der Magistrat die Staatsanwaltschaft über die Sachverhalte zwecks Prüfung strafbarer Handlungen (§§ 278, 348 StGB) informiert hat.
 - f. wie vielen hetero- bzw. homosexuellen Paaren jeweils von 2017-2022 durch Amtsärzt*innen des Gesundheitsamtes Adoptionsgutachten ausgestellt wurden. Wie viele dieser Gutachten bescheinigten jeweils gesundheitliche Einwände gegen eine Adoption? (bitte getrennt nach homo- bzw. heterosexuellen Paaren aufschlüsseln)
 - g. wann der Magistrat erstmals davon erfahren hat, dass homosexuellen Paaren homophobe Gesundheitsgutachten ausgestellt wurden und welche Maßnahmen von ihm im Anschluss unternommen wurden.
- 2) die gemachten Erfahrungen und den Umgang mit den Geschehnissen im europäischen Rainbow Cities Network und weiteren geeigneten Organisationen (bspw. dem Deutschen Städtetag oder dem Netzwerk Eurocities) zu teilen und sich dort beraten zu lassen. Ziel ist es herauszufinden, wie sich ähnlich gelagerte Fälle zukünftig im Vorfeld vermeiden lassen könnten und anderen Städten durch die gemachten Erfahrungen dabei zu helfen, auf ähnlich gelagerte Fälle angemessen vorbereitet zu sein. Dem Ausschuss soll über die Ergebnisse aus dem Austausch mit den Organisationen berichtet werden.

Antrag Nr. 23-F-63-0069
Grüne, SPD, Linke und Volt

Wiesbaden, 03.05.2023

Nele Siedenburg

Fachsprecherin, B90/Grüne

Susanne Hoffmann-Fessner

Fachsprecherin, SPD

Ingo von Seemen

Fraktionsvorsitzender, Fraktion DIE LINKE.

Achim Sprengard

Fachsprecher, Volt

Linda Marschall

Fraktionsreferentin, B90/Grüne

Juliane Maltner

Fraktionsreferentin, SPD

Jasper Klos

Fraktionsreferent, Fraktion DIE LINKE.

Sascha Kolhey

Fraktionsgeschäftsführer, Volt